

Verba volant

Onlinebeiträge des Vorarlberger Landesarchivs
www.landesarchiv.at

Nr. 29 (10.09.2008)



Jubiläumjahr 2005
Vorarlberg. Österreich. Europa.

Vorarlberger Territorialfragen 1945/46

Ulrich Nachbaur

Vortrag am 21. September 2005 in Bregenz (Landesarchiv). Alle Rechte beim Autor.

Auch veröffentlicht in: Aufbruch in eine neue Zeit. Vorarlberger Almanach zum Jubiläumjahr 2005, hg. von Ulrich Nachbaur/Alois Niederstätter. Bregenz 2006, S. 245-258.

Weiterführend: Ulrich Nachbaur, Ulrich Nachbaur, Vorarlberger Territorialfragen 1945 bis 1948. Ein Beitrag zur Geschichte der Landesgrenzen seit 1805 (Forschungen zur Geschichte Vorarlbergs NF 8). Konstanz 2007.

1945 forderte ganz Österreich die „Heimkehr“ Südtirols. Die Kärntner hofften auf die Rückgewinnung des italienischen Kanaltals, die Burgenländer blickten nach Ödenburg, die Salzburger griffen bis in die napoleonische Zeit zurück und beehrten das Berchtesgadener Land zurück. Auch in Vorarlberg das Westallgäu zur Diskussion, das 1814 bei Bayern verblieben war. Und die Vorderwälder Gemeinden verfolgten die Angliederung von Balderschwang.

Heute fragen wir erstaunt, mit welchem Selbstbewusstsein die Österreicher solche Forderungen erhoben?

Wenn sich Österreich 1945/46 mitunter wie ein kleiner „Siegerstaat“ fühlte, bezog es seine Legitimation aus der „Moskauer Deklaration“ von 1943. Zum besseren Verständnis müssen wir aber weiter zurückgreifen.

Auf einer Landkarte von 1783 präsentiert sich das spätere Land Vorarlberg noch als bunter Fleckenteppich verschiedener Herrschaften, die bis 1804 Stück für Stück von Habsburg erworben wurden, denen der Landesfürst gemeinsam war, die aber noch kein staatsrechtlich integriertes Territorium bildeten. 1804 erwarb Österreich auch die benachbarte Herrschaft Königsegg-Rothenfels und Lindau. Doch bereits im Dezember 1805 musste Österreich mit dem Friedensvertrag von Pressburg diese Neuerwerbungen wie „*die sieben Herrschaften im Vorarlbergischen mit ihren Inklavierungen*“ und die Grafschaft Hohenems und weitere Gebiete, wie Tirol, an das mit Napoleon verbündete Bayern abtreten.

Damit wurde Vorarlberg erstmals geschlossen in einen modernen Flächenstaat integriert, wurden innerhalb Vorarlbergs die alten Staats- und Herrschaftsgrenzen aufgehoben. Allerdings folgten die bayerischen Reformer bei der Neugliederung in Landgerichtssprengel den alten Außengrenzen. So wurde das ehemalige Gericht Mittelberg dem Landgericht Innerbregenzerwald zugeteilt und nicht etwa, was sich geographisch angeboten hätte, dem Landgericht Immenstadt. Umgekehrt verblieben das obere Balderschwanger- und Lecknertal bei Immenstadt, obwohl sie nur vom Vorderwald aus gut erschlossen waren.

Schließlich sah sich Bayern zum Seitenwechsel gezwungen. 1814 vereinbarte es, Vorarlberg sofort an Österreich abzutreten, ausgenommen das Landgericht Weiler im Norden. Doch um die Auslegung des Vertragstextes entbrannte noch ein „kalter Krieg“. Erst 1844 einigten sich Österreich und Bayern mit einem Grenzberichtigungsvertrag über die Landesgrenze zu Tirol und Vorarlberg: Das Landgericht Weiler blieb bayerisch. In Schwebe blieben aber noch Verhandlungen über einen Abtausch der österreichischen Exklave Jungholz, die mit Tirol nur über eine Bergspitze verbunden ist, und der Sulzberger Parzelle Bröger gegen einen Teil des bayerischen Rohrmoostales, das an das Kleine Walsertal angrenzt. Vermutlich ging es bereits damals um eine Verkehrserschließung. Doch 1850 wurde in einem Ergänzungsvertrag festgestellt, dass dieser Gebietstausch beiderseits aufgegeben wurde.

Am Ende des Ersten Weltkrieges zerfiel die Donaumonarchie, gründeten seine Völker neue Staaten oder schlossen sich anderen Staaten an. Die deutschen Reichsratsabgeordneten versuchten beides: Sie proklamierten

am 12. November 1918 die „Republik Deutschösterreich“ und erklärten sie gleichzeitig zum „Bestandteil der Deutschen Republik“. Die deutschen Österreicher suchten mehrheitlich den Anschluss an das Deutsche Reich, nur die Vorarlberger votierten im Mai 1919 für Verhandlungen über einen Beitritt zur Schweiz. Doch im September 1919 zwangen die Siegermächte Österreich zur Unabhängigkeit in eng gezogenen Grenzen.

Als Hitler aber 1938 seine Wehrmacht in Österreich einmarschieren ließ, erhoben Frankreich und Großbritannien nur noch verhalten Protest. Österreich wurde auf der Stufe eines „Landes“ in das Deutsche Reich eingegliedert, am 1. Oktober eine erste Korrektur der Binnen- und Außengrenzen verfügt; die Gemeinden Jungholz und Mittelberg fielen an das Land Bayern.

Freude über den „Anschluss“ herrschte auch im Westallgäu, das seit fünf Generationen zu Bayern gehörte, in dem die gemeinsame Vergangenheit aber noch präsent war.

Wesentlich zur Schärfung des historischen Regionalbewusstseins hatte der „Verein für Heimatkunde des Westallgäus“ beigetragen, der sich 1921 unter dem Vorsitz von Fridolin Holzer, Bürgermeister von Weiler, konstituierte. Die „Westallgäuer Heimatblätter“ des Vereins leitete bis 1938 der Vorarlberger Landesarchivar Viktor Kleiner, der als „Sohn eines Allgäuers“ selbst zahlreiche Aufsätze zur Regionalgeschichte beitrug. In Bregenz erinnerte seit 1910 ein Denkmal daran, dass Dr. Anton Schneider, der 1809 an der Spitze der Volkserhebung gegen die bayerische Herrschaft stand, aus Weiler im Allgäu stammte, wo für ihn 1931 ebenfalls eine Gedenktafel enthüllt wurde. Bürgermeister Holzer steuerte dazu einen Aufsatz über „Die Beziehungen zwischen Weiler und dem benachbarten Vorarlberg“ bei, den er mit der Feststellung schloss:

„Es weben heute noch unsichtbare Fäden an dem Bande, das die Westallgäuer und die Vorarlberger umschlingt. Jeder Teil soll ehrlich und redlich mitarbeiten an einer Wiederannäherung. Wir erfüllen dabei nicht nur eine geschichtliche Aufgabe, sondern wir folgen auch einem Zuge der Herzen, die trotz Versailles und St. Germain, trotz chinesischer Zollmauer einander entgegenschlagen wie in alten längst verklungenen Zeiten!“

Holzer spielte damit auf die vor kurzem vereitelte Zollunion zwischen Österreich und Deutschland an, die auch zur weiteren Belebung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Vorarlberg und dem Westallgäu

beigetragen hätten. Doch die Wirtschaftssanktionen, die Hitler ab 1933 über Österreich verhängte, setzten dieser Entwicklung vorläufig ein Ende.

Mit einem Freudengedicht begrüßte Holzer daher das „Berchtesgadener Diktat“ von 1936, und erst recht den „Anschluss“ 1938. Die Titelseite der Märzausgabe der „Westallgäuer Heimatblätter“ teilte er sich mit Dr. Anton Gruber, der einen pathetischen Aufsatz folgen ließ: *„Wir Westallgäuer grüßen unsere Vorarlberger Blutsbrüder!“*

Die Gemeinden des ehemaligen Landgerichts Weiler waren seit 1862 großteils dem Landkreis Lindau zugewiesen, der Nordosten dem Landkreis Sonthofen.

Mittelberg war mit dem übrigen Vorarlberg nur über Saumpfade verbunden. Als die europäischen Staaten um 1880 zu einer rigiden Zollschutzpolitik übergingen, verschärfte sich seine Situation dramatisch. Die Gemeinde ersuchte die Regierung um einen Zollvertrag, wie er zugunsten der Tiroler Gemeinde Jungholz bereits seit 1868 bestand. 1891 wurde Mittelberg schließlich ebenfalls an den Deutschen Zollverband angeschlossen und damit zu einem österreichischen Zollausschlussgebiet.

Mit Erlass vom 15. Oktober 1938 wurden nun Mittelberg und Jungholz dem Regierungsbezirk Schwaben, Landkreis Sonthofen, zugewiesen. Zwei Wochen später nahm der bayerische Ministerpräsident die Gemeinden feierlich „in Besitz“. Die Zukunft „Restvorarlbergs“ war noch ungewiss.

Mit dem „Ostmarkgesetz“ wurde das „Land Österreich“ im April 1939 zur Liquidierung bestimmt, während die ehemaligen Bundesländer in neuen Grenzen in „Reichsgaue“ umgewandelt wurden, die von „Reichsstatthaltern“ zu führen waren, wozu in der Regel die jeweiligen NSDAP-Gauleiter berufen wurden. Die „Vorarlberger Frage“ wurde nur provisorisch gelöst.

Der Tiroler Landeshauptmann und Gauleiter Franz Hofer hatte für einen Anschluss Vorarlbergs an Tirol interveniert, der Vorarlberger Landeshauptmann Toni Plankensteiner für eine schwäbische Zukunft Vorarlbergs, wobei unklar blieb, was er unter „Schwaben“ verstand. Ohne eine Änderung der Verwaltungsstrukturen wäre nur eine Integration in den bayerischen Regierungsbezirk Schwaben in Frage gekommen. Tatsächlich gab es in Berlin Überlegungen, Vorarlberg und Tirol in einem zweiten Reformschritt den Regierungsbezirken Schwaben bzw. Oberbayern einzugliedern. Vor diesem Hintergrund wird auch das Sonderstatut zu sehen

sein, das Vorarlberg mit dem „Ostmarkgesetz“ eingeräumt wurde: *„Das ehemals österreichische Land Vorarlberg bildet bis auf weiteres einen eigenen Verwaltungsbezirk und eine Selbstverwaltungskörperschaft, die vom Reichsstatthalter in Tirol geleitet werden.“*

So sehr sich Hofer, der zum Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg ernannt wurde, um eine Tilgung Vorarlbergs bemühte, territorial wurde es nie in den Reichsgau Tirol integriert.

Ein Gegenstück zum Kleinen Walsertal waren das Balderschwanger- und das obere Lecknertal, soweit sie jenseits der alten Staatsgrenze lagen und damit zu den Gemeinden Balderschwang bzw. Ach gehörten. Die beiden Hochtäler waren nur von den Vorderwälder Gemeinden Hittisau und Bolgenach aus erschlossen.

In Balderschwang hatte sich aus einer sommerlichen Alpsiedlung eine kleine Dauersiedlung entwickelt, eine Hittisauer „Kolonie“, für die 1796 eine Filialpfarre errichtet wurde. Balderschwang war 1804 mit der Grafschaft Königsegg-Rothenfels österreichisch geworden und 1805 zu Bayern gelangt. Doch die Vorderwälder Bauern dominierten das Balderschwanger- und das Lecknertal weiterhin. Hittisau und Bolgenach wurden 1938 zur Gemeinde Hittisau vereinigt.

Offenbar hatten die Vorarlberger Nationalsozialisten erwartet, dass Balderschwang als Kompensation für Mittelberg an Vorarlberg abgetreten werde. Jedenfalls wurden 1939 der Bregenzer Kreisleiter und der Bregenzer Landrat initiativ. Ihre Kollegen in Sonthofen signalisierten zunächst Einverständnis, doch das änderte sich rasch. Hemmend kam hinzu, dass nach Kriegsbruch alle Vorarbeiten für Änderungen der Gemeindegrenzen einzustellen waren. Schließlich konspirierte der Bregenzer Landrat Didlauris über Vermittlung des Hittisauer Bürgermeister Schneider mit Balderschwanger Anschlussbefürwortern, die als Hauptgegner Bürgermeister und Ortsgruppenleiter Kienle bezeichneten, der aus wirtschaftlichen Eigeninteressen gegen eine Eingemeindung sei. Dieser gemeindeinterne Konflikt kommt in einer Petition vom Juni 1940 zum Ausdruck, mit der 25 Balderschwanger den Bregenzer Landrat ersuchten sich dafür zu verwenden, dass die Gemeinde Balderschwang baldigst der „Ostmark“ angegliedert und mit Hittisau zusammengeschlossen wird.

Wenig später bot das leidige Thema der Straßenerhaltung einen Anknüpfungspunkt, das Vorhaben offiziell zu betreiben. Doch der

Reichsminister des Innern ließ im Dezember 1941 mit Hinweis auf eine geharnischte Entgegnung aus München mitteilen, dass er davon absehe, die Angelegenheit zur Zeit weiter zu verfolgen, zumal die Gefahr einer Aufrollung weiterer Grenzänderungsfragen nahe liege, womit München dem Reichsgau Tirol und Vorarlberg gedroht hatte.

Reichsstatthalter Hofer forderte als Munition eine weitere, vorläufig interne Stellungnahme an. Aus ihr erfahren wir, dass von 22 ganzjährig in Balderschwang wohnhaften Familien 13 Vorderwälder seien, fünf alte Balderschwanger und drei Familien aus dem Allgäu. Im Winter lebten in Balderschwang etwa 140 Personen, davon 70 bis 75 Prozent Vorderwälder, im Sommer hingegen 350 bis 400 Personen oder 90 bis 95 Prozent Vorderwälder. Doch ein weiterer Vorstoß in Berlin erfolgte nicht mehr.

Um diese Zeit schmiedeten die Alliierten bereits erste Pläne über die Zukunft Österreichs; immer unter der Prämisse einer nachhaltigen Schwächung Deutschlands. Federführend waren die Briten, wobei Churchill eine „Donaukonföderation“ favorisierte, während Stalin auf der Wiedererrichtung Österreichs in seinen Grenzen von 1937 bestand.

Nach Mussolinis Sturz und der Kapitulation Italiens schien den „großen Drei“ die Zeit für eine öffentliche Erklärung über Österreich reif, wohl auch in der Hoffnung, das deutsche Machtgefüge weiter zu unterminieren. So ließen die Außenminister Großbritanniens, der Sowjetunion und der USA die Welt am 1. November 1943 als ein Ergebnis ihrer Konferenz in Moskau wissen:

„Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika sind darin einer Meinung, daß Österreich, das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll. Sie betrachten die Besetzung Österreichs durch Deutschland am 15. [richtig wäre: 13.] März 1938 als null und nichtig. Sie betrachten sich durch keinerlei Änderungen, die in Österreich seit diesem Zeitpunkt durchgeführt wurden, als irgendwie gebunden. Sie erklären, dass sie wünschen, ein freies unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen und [– eine Anspielung auf die Donaukonföderation –] dadurch ebenso sehr den Österreichern selbst wie den Nachbarstaaten, die sich ähnlichen Problemen gegenübergestellt sehen werden, die Bahn zu ebnen, auf der sie die po-

litische und wirtschaftliche Sicherheit finden können, die die einzige Grundlage für einen dauernden Frieden ist.

Österreich wird aber auch daran erinnert, dass es für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entinnen kann, und dass anlässlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme darauf, wieviel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird.“

Am 16. November 1943 schloss sich in Algier das „Französische Komitee für die nationale Befreiung“ der Deklaration an und unterstrich damit seinen Anspruch auf die Mitgestaltung der Nachkriegsordnung. Wenn der amerikanische Präsident Roosevelt danach trachtete, General de Gaulle vom Verhandlungstisch der „großen Drei“ fernzuhalten, wird ihn das nur noch mehr beflügelt haben, durch eine Politik des „Fait accompli“ der französischen „Grandeur“ Anschein und Anspruch zu verleihen. Auch die „Freien Franzosen“ sahen Österreichs Zukunft in einer Föderation – unter Frankreichs Einfluss.

Die Föderationspläne gründeten in der Annahme, dass es die Westalliierten sein werden, die Österreich und seine Nachbarstaaten von Süden her befreien. Entsprechend wurde das Alliierte Hauptquartier der Mittelmeerstreitkräfte beauftragt, die Militärregierung für Österreich vorzubereiten. Im November 1944 ging ein „Austria Basic Handbook“ in Druck, das unter anderem deutlich macht, dass Briten und Amerikaner die Sonderstellung Vorarlbergs im Rahmen der Reichsgauverfassung erkannten und wohl auch bereit waren, sie für die Zukunft anzuerkennen.

Allerdings enthielt ein „Austria Military Government Handbook“ die Anweisung an die Kampftruppen, in den Hauptstädten auf „Gau level“ provisorische Militärregierungen zu errichten. Das war für Vorarlberg insofern problematisch, als es von der Behörde des Reichstatthalters in Tirol und Vorarlberg in Innsbruck regiert wurde. Dieses Regierungshandbuch enthielt bereits sämtliche Proklamationen und Erlässe, die nach dem Einmarsch im Namen der „Militärregierung Österreich“ kundzumachen waren. Der Erlass Nr. 1, mit dem für die westlichen Zonen ein erstes Rechts- und Verwaltungsgerüst errichtet wurde, bestimmte in Artikel 1, dass zur Auslegung dieser und aller künftigen Anordnungen unter „Österreich“ *„das Gebiet des Bundesstaates Österreich, wie er am 31. Dezember 1937 bestand“*, zu verstehen sei. Daraus schlossen die

Vorarlberger, dass damit auch die alte Einteilung in die früheren Bundesländer gemeint sei, was aber nicht eindeutig der Fall war.

Schließlich sollte Österreich wie Deutschland befreit werden, ohne dass sich die Alliierten über die künftigen Außen- und Binnengrenzen im Klaren waren; selbst die Besatzungszonen waren noch in Schwebelage. Letztlich war auch Frankreich mit Vorarlberg und Tirol eine Zone in Aussicht gestellt worden.

Im Frühjahr 1945 fiel im Osten faktisch die Entscheidung gegen eine Donaukonföderation und im Westen für die umgehende Wiedererrichtung eines selbständigen Landes Vorarlberg.

Von Osten stieß die Rote Armee als erste nach Österreich vor. Der Donaauraum war damit in sowjetischer Hand. Mit Unterstützung der Sowjets rief eine Provisorische Staatsregierung unter Führung des Sozialisten Dr. Karl Renner Ende April 1945 die Wiederherstellung der Republik Österreich aus, als die Westalliierten erst ihre Grenzen erreichten.

Im Westen lieferten die Franzosen den Amerikanern ein beinhartes Wettrennen in Richtung Süden, um möglichst viel Gebiet zu erobern. Sie einigten sich mit den Amerikanern, durch das Rheintal in Richtung Arlberg und flankierend über Immenstadt in Richtung Landeck vorstoßen. Bis 6. Mai befreiten sie Vorarlberg, stießen aber bereits in St. Anton am Arlberg auf Amerikaner. Der Vormarsch war gestoppt, der Krieg zu Ende, die Franzosen saßen in Vorarlberg fest, was die rasche Wiederherstellung der Vorarlberger Landesautonomie begünstigte.

General de Lattre de Tassigny bezog in Lindau Quartier und installierte provisorische Militärregierungen für Württemberg, für Baden und für die Pfalz und eine für Vorarlberg mit Sitz in Feldkirch, geführt von Divisionsgeneral de Hesdin. Der bestellte am 24. Mai 1945 einen „Vorarlberger Landesausschuss“ als provisorische oberste Behörde der zivilen Verwaltung des „Landes Vorarlberg“.

„Wir können uns [...] mit Recht freuen“, erklärte Präsident Ulrich Ilg bei der Konstituierung am selben Tag, „dass die Besatzungsmacht in Verbindung mit dem Ziel des Wiederaufbaues Österreichs auch der Wiederherstellung unserer Selbstverwaltung Verständnis entgegengebracht hat.“

Die Wiederherstellung des Landes Vorarlberg unter französischer Kontrolle war damit ein Faktum, die Wiedervereinigung Österreichs ein Ziel.

Im Juli einigten sich die Alliierten über die Besatzungszonen und über ein Kontrollsystem für Österreich. Frankreich erhielt zu Vorarlberg Nordtirol und einen Sektor in Wien hinzu.

Die Regierung Renner erkannten die westlichen Alliierten nicht an, ihre Beschlüsse wurden zunächst nur in der Sowjetzone wirksam. Den Durchbruch brachte erst eine Länderkonferenz vom 23. bis 25. September in Wien, bei der die westlichen Bundesländer eine Umbildung der provisorischen Staatsregierung und die sofortige Wiederinkraftsetzung der bundesstaatlichen Verfassung erwirkten. Auf dieser Basis erkannte der Alliierte Rat am 20. Oktober die Staatsregierung für ganz Österreich an, das damit im Bundesstaat wiedervereinigt war. Bereits am 25. November konnten in ganz Österreich der Nationalrat und die Landtage frei gewählt werden. Der Vorarlberger Landtag trat am 11. Dezember zusammen und wählte eine ordentliche Landesregierung unter Führung Ulrich Ilgs.

Im Mai 1945 zählte für den Vorarlberger Landesausschuss die Landeseinheit zu den vorrangigen Zielen, die Sicherung des Kleinen Walsertals, das der „Walsertaler Heimatschutz“ selbst befreit hatte. Als die Franzosen am 2. Mai anrollten, stand an der Walserschanze wieder die alte Grenztafel des „Bundesstaates Österreich“. Doch war es damit getan?

Im Verlauf der Staatsvertragsverhandlungen sollte sich in Österreich die „Okkupationstheorie“ durchsetzen, dass Österreich 1938 nur seine Handlungsfähigkeit verloren habe, die mit der Befreiung 1945 wieder automatisch auflebte. 1945 aber gingen die Alliierten wie die Regierung Renner und der Landesausschuss davon aus, dass Österreich mit dem „Anschluss“ als Völkerrechtssubjekt untergegangen sei („Annexionstheorie“) und neu begründet werden muss. Sofort vereinbarte der Landesausschuss, bezüglich der „*Wiedergewinnung des Kleinen Walsertales*“ an die Besatzungsbehörde heranzutreten. Wann wurde das Kleine Walsertal also wieder österreichisch?

Die Landesregierung berief sich später auf den zitierten Erlass Nr. 1 der „Militärregierung Österreich“, die wohl mit dem Einmarsch am 29. April in Kraft trat. „*Wir können uns wieder frei und offen als Walser und Österreicher bekennen,*“ heißt es in der Begrüßung des Mittelberger Gemeindeblattes, das als erste Zeitung bereits am 12. Mai wieder

erscheinen durfte. Gleichzeitig veröffentlichte das Blatt aber Anordnungen der „Militärregierung Deutschland“. Darin wird schon das Kernproblem greifbar: Mittelberg war weiterhin auf die Versorgung aus Bayern angewiesen und blieb zunächst in die bayerische Verwaltungsstruktur eingebunden.

Faktisch fiel die Entscheidung im Juli 1945 mit den Zonenabkommen für Österreich und Deutschland. Die Franzosen behielten das Kleine Walsertal. Sie räumten das Allgäu bis auf den Landkreis Lindau, der als Verbindungsbrücke zwischen der französischen Zone in Deutschland und Österreich dienen sollte. Der „Kreis Lindau“ blieb formell Teil des Landes Bayern, war für die nächsten Jahre aber ein „Staat im Staate“. Diese Zonenregelung führte zum skurrilen Ergebnis, dass die Franzosen nur auf dem Umweg über die amerikanische Besatzungszone in ihr Mittelberg gelangen konnten, die Amerikaner wieder nur über die französische Zone in ihr Balderschwang.

Bürgermeister Gedeon Fritz ersuchte den Landrat in Sonthofen, Mittelberg möge unbeschadet der österreichischen Hoheitsrechte und einer endgültigen Regelung durch die Friedensverträge in der Verwaltung des Landkreises Sonthofen beibehalten werden. Auch Bezirkshauptmann Dr. Emil Seeberger teilte Sonthofen mit, dass das Tal nun nach erfolgter Rückgliederung wieder von Bregenz mit Weisungen versehen werde, die wirtschaftliche Betreuung aber weiterhin von Bayern aus erfolgen möge. Landrat von Steinling sah die Lebensnotwendigkeit ein, misstraute aber den Walsern: Es bestehe kein Zweifel, dass sie wo immer möglich die Vorteile der österreichischen Staatsangehörigkeit ausnützen, sich gleichzeitig aber weigern würden, deutsche Steuern zu zahlen. – Vorarlberg wie Bayern gingen nämlich davon aus, dass die Zollverträge mit der Annektion Österreichs 1938 hinfällig geworden seien. – Der Landrat schlug dem Regierungspräsidenten in Augsburg als sinnvollste Lösung vor, Mittelberg und Jungholz gegen Balderschwang zu tauschen, das ohnehin den Anschluss an Vorarlberg erstrebe.

Der Regierungspräsident räumte in seinem Bericht an den Ministerpräsidenten ein, dass der Zuwachs an Steuerkraft durch die Angliederung von Mittelberg und Jungholz wesentlich bedeutender als der Verlust durch die Abtretung Balderschwangs wäre. Er stellte aber in Frage, ob sich gegenwärtig die Angliederung der beiden Gemeinden auch nur erörtern lasse. Er schlug vor klarzustellen, dass der Zollanschluss unverän-

dert weiter bestehe, zu erreichen, dass beide Gemeinden in jeder Beziehung dem bayerischen Wirtschaftsgebiet angehören und zur Unterstützung der bayerischen Verwaltungsbehörden die Ausdehnung der amerikanischen Besatzungsgebietes auf das Zolleinschlussgebiet zu erwirken. De facto wurde Mittelberg jedenfalls weiterhin von Bayern versorgt.

Am 20. September wurde schließlich die Wiedervereinigung des Kleinwalsertals mit Vorarlberg offiziell gefeiert. Landesgouverneur Oberst Henri Jung bekannte sich zum Kleinen Walsertal als Bestandteil Österreichs. Landeshauptmann Ilg konnte mitteilen, dass hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen schon mit den jetzt führenden Herren in München Rücksprache gehalten worden sei.

Inzwischen war auch die Balderschwanger Frage längst wieder virulent. Im Juni hatten die Gemeinden des Vorderwaldes einen Antrag an den Landesausschuss gerichtet, die Gemeinde Balderschwang, zudem den bayerischen Teil des Lecknertals und das Lanzenbachtal, soweit diese Täler von österreichischen Landwirten bewirtschaftet werden, an das Land Vorarlberg anzugliedern.

Die Alpgebiete lagen wieder jenseits einer Staatsgrenze, die nun zudem noch Zonengrenze war. Die Vorderwälder waren wieder ausländische „Kolonisten“ oder „Nomaden“, ihre Liegenschaften unterlagen zusätzlich der Kontrolle der amerikanischen Militärregierung, der künftige Viehauftrieb über Grenzen war nicht gesichert.

Bezirkshauptmann Seeberger erhielt Mitte September den Auftrag, einen Bericht über eventuelle Änderungen der Staatsgrenze zu erstellen. Er konnte den Bürgermeistern mitteilen, dass er dem Bezirksgouverneur Major Benité anlässlich Verhandlungen über die Hochtannbergstraße eröffnet habe, dass Vorarlberg die Angliederung des Leckner-, Balderschwanger-, Hirschgunder- und Berggundertales überlege, allenfalls auch des ganzen Gebiets über Rohrmoos bis zur Grenze des Kleinen Walsertales, um damit eine direkte Landverbindung mit der Gemeinde Mittelberg herzustellen. Benité sei nicht ganz abgeneigt gewesen und habe um konkrete Vorschläge ersucht, welches genau begrenzte Gebiet dafür beantragt werden solle. Deshalb mögen die betroffenen Grenzgemeinden unter strengster Geheimhaltung Vorschläge übermitteln. Hittisau, Lingenau, Langenegg und Riefensberg unterbreiteten ein Vorschlag, dem die Bezirkshauptmannschaft

in ihrem Amtsbericht weitgehend folgte. Allerdings nahm sie die im Lanzenbachtal begehrten Alpen aus und schloss dagegen das gesamte Rohrmoostal soweit ein, dass von Sibratsfäll bis zur Walserschanze eine Straße gebaut werden könnte. Das Gebiet umfasste ungefähr 95 km².

Zug um Zug war 1929/30 die Wege von Hittisau nach Balderschwang sowie von Oberstorf nach Mittelberg für Kraftfahrzeuge ausgebaut worden. In die Verhandlungen war bereits auch eine Verbindung Sibratsfäll-Rohrmoos-Oberstorf einbezogen, doch 1939 ein Alternativprojekt Hochkrumbach-Kleinwalsertal-Oberstorf in Angriff genommen, aber mit Kriegsbeginn wieder abgeblasen worden.

Am 4. Oktober befasste sich der Landesausschuss mit den „Territorialfragen“. Im Protokoll wurde festgehalten:

„a) Bezüglich der Grenzberichtigung zwecks Baues einer Straße über das Rohrmoos in das Kleine Walsertal wird beschlossen, die Angelegenheit zurückzustellen, da an eine Ausführung zufolge der hohen Kosten derzeit nicht gedacht werden kann. Außerdem soll eine Grenzberichtigung nur im Verhandlungswege mit Bayern erreicht werden.

b) Bezüglich Balderschwang wird der Herr Landeshauptmann am kommenden Sonntag noch die Meinung der angrenzenden Gemeinden anhören.“

Abermals zwei Tage später tagte in Wien die zweite Länderkonferenz. Offenbar wurde Ilg von Legationsrat Dr. Wilfried Platzer begleitet, der in Vorarlberg gestrandet war und als Leiter Leitung der Verbindungsstelle zur Militärregierung gewissermaßen im „diplomatischen Dienst“ des Landesausschusses stand. Platzer nützte die Gelegenheit, um beim Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Heinrich Wildner die Haltung der provisorischen Staatsregierung zur Frage einer Grenzregulierung gegenüber Bayern zu erfragen. Wildner gab ihm die Auskunft, dass man österreichischerseits nur dann eine neue Festsetzung der Grenzen wünsche, wenn durch eine klare und eindeutige Volksabstimmung die in Frage kommenden bayerischen Staatsangehörigen den Wunsch zum Ausdruck brächten zu Österreich zu kommen. Eine Grenzänderung ohne Volksabstimmung würde für die weitere Zukunft nur eine unnötige Belastung gegenüber Deutschland und Bayern bedeuten. Wildner empfahl, diesen Standpunkt gegebenenfalls auch gegenüber der französischen Militärregierung zum Ausdruck zu bringen.

Doch der Landesausschuss entschied sich für einen anderen Weg.

Am 18. Oktober teilte Landeshauptmann Ilg dem Militärgouverneur für Vorarlberg mit, dass sich der Landesausschuss nach mehrfachen Beratungen mit Vertretern des Kleinen Walsertales und der anderen zuständigen Grenzgemeinden entschlossen habe, in der Frage der Grenzkorrektur gegenüber Bayern keine Gebietsforderungen geltend zu machen, wenn auch eine gewisse Berechtigung in der Tatsache gegeben wäre, dass 1806 dem Land Vorarlberg seitens Bayern beträchtliche Gebiete weggenommen worden seien.

„Im Vordergrund des Interesses steht für uns die Tatsache, daß für das Kleine Walsertal ohne Rücksicht auf das Zustandekommen einer direkten Verbindungsstraße unbedingt der Einbezug ins bayrische Zollgebiet erreicht werden muß. Es wäre deshalb nicht zu verantworten, durch Heraufbeschwörung einer Kampsituation die Beibehaltung dieses Zolleinschlusses früher oder später in Gefahr zu stellen.

Fürs zweite sieht der Vorarlberger Landesausschuß hinsichtlich des Balderschwanger- und Lecknertales zur Vermeidung des nicht bewährten Vormerksverkehrs eine zielführende Lösung darin, dass im Verhandlungswege dieses Gebiet als österreichisches Zolleinschlußgebiet erklärt wird. Mit dieser Lösung wären auch die Bewohner der bayrischen Gemeinde Balderschwang einverstanden. Für den Fall, als eine Straßenverbindung über Rohrmoos ins Kleine Walsertal zustande kommen sollte, könnte dieses österreichische Zolleinschlußgebiet auch auf das Hirschguntnertal ausgedehnt werden, sodaß dann eine Straßenführung auf österreichisches Zollgebiet möglich wäre, ohne dass jetzt direkte Gebietsabtretungen verlangt werden müssen.

Dieser Entschluß wird auch durch die vorherrschende Auffassung bestärkt, dass die Herstellung der Verbindung mit dem Kleinen Walsertal zweckmäßiger durch das Tunnelprojekt von Hochkrumbach aus angestrebt werden soll, nachdem kostenmäßig keine besonders großen Unterschiede bestehen.“

Das war auch ein klares Signal nach München. Denn dieses Kommuniqué erging abschriftlich an „Minister“ Fehr in München. Dr. Anton Fehr stammte aus dem benachbarten Lindenberg, war in der Weimarer Zeit Reichsernährungsminister und Bayerischer Landwirtschaftsminister gewesen und nun mit der Neuordnung der Milchwirtschaft in Bayern

beauftragt. Offenbar war Fehr Ilgs Verbindungsmann zur bayerischen Regierung.

Am 14. November 1945 führten zwei Offiziere der Militärregierung und zwei Beamte des Landesausschusses Verhandlungen in Mittelberg. Ihr Bericht macht deutlich, wie sehr das Tal von Bayern abhängig und wie fragil damit seine Rückgliederung zu Vorarlberg war. Es gab keine direkte Telefonverbindung, den Postdienst hatten bisher zweimal wöchentlich Kuriere über das Starzeljoch besorgt. Als Hauptanliegen brachten die Gemeindevertreter vor, dass das Kleine Walsertal wie früher wieder Zollausschlussgebiet sein soll, die Übereinkommen weiterhin sinngemäß Anwendung finden mögen. Das Finanzamt Bregenz übernahm vom Finanzamt Immenstadt die Akten, machte Ende Jänner 1946 aber keinen Hehl daraus, dass ihm die Betreuung des Tales praktisch unmöglich sei.

Vorarlberg musste nicht nur dankbar sein, wenn Bayern weiterhin die Versorgung des Tales gewährleistete. Auch darüber hinaus war das Land auf den Wirtschaftsverkehr mit Bayern angewiesen und damit auch den Goodwill der amerikanischen Militärregierung in Deutschland.

Gleichzeitig musste der Landesausschuss alles daran setzen, dass die Franzosen das Tal behaupten. Wenn ihre Versorgungskommandos im Frühjahr 1946 auf dem Weg nach Lindau von den Amerikanern sogar entwaffnet wurden, wirft das ein Schlaglicht auf das gespannte Verhältnis der beiden Besatzungsmächte, das gleichzeitig wieder ein stabilisierender Faktor war, wurden dadurch die Vorposten Mittelberg und Jungholz doch zur Prestigesache.

Allerdings widersprach deren wirtschaftliche Integration diametral dem Ziel der Alliierten, Österreich weitestgehend von Deutschland abzukoppeln. Deshalb drängte 1947/48 selbst die Alliierte Kommission auf die Errichtung direkter Straßen- und Telefonverbindungen in beide Gemeinden.

Spätestens im Juli 1945 wurde auch die Westallgäuer Frage wieder zum Thema.

In Weiler ernannten die Franzosen am 1. Juli Dr. Ernst Günther zum Bürgermeister. Der junge Bakteriologe stammte aus Thüringen (Deutschland) und war an die Dr.-Anton-Fehr-Schule in Weiler gelangt, wo er 1939 „einheiratete“. Der Vorarlberger Verbindungsmann war der junge Landesrat Eugen Leissing.

Am 20. Juli 1945 schrieb Bürgermeister Günther an Präsident Ilg, er habe durch einen Bekannten bereits Leissing von seinen Wünschen unterrichten lassen. Da aber jeder Tag kostbar sei, würde er gerne auch mit Ilg selbst sprechen. Seit Jahren habe er es sich zum Ziel gesetzt, in jeder Weise für die Befreiung Österreichs einzutreten und die Wiederherstellung seiner Westgrenzen von 1806 einzutreten. Nachdem er nun als bekannter Nazi-Gegner von der Militärregierung in Lindau zum Bürgermeister eingesetzt worden sei, habe er natürlich größtes Interesse daran, das *Gebiet von Weiler* mit Vorarlberg zu vereinigen. *„Mein Herz hat immer für Oesterreich geschlagen, schrieb Günther, und jeder, der mich kennt, wird bestätigen können, dass ich immer und überall für Oesterreich eingetreten bin und aus meiner grossen Liebe zu Oesterreich nie einen Hehl gemacht habe. Wenn Ihrerseits Interesse bestünde, das Westallgäu als wirtschaftliches Hinterland von Bregenz zu bekommen, würde ich mich sehr freuen, wenn Sie mir Nachricht zukommen ließen, wann und wo wir uns weiter über diese Frage besprechen könnten.“*

Ilg antwortete Günther am 6. August, dass der Landesausschuss sein Schreiben mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Abgesehen von der Wiedergutmachung alten Unrechts wäre das Gebiet von Weiler auch ein ideales Hinterland für die Landeshauptstadt Bregenz. *„Wir halten jedoch den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet, dieser Sache näher zu treten, da wir die uns allen entstehenden Schwierigkeiten für grösser halten als die Vorteile. Dies soll jedoch nicht hindern, dass unsere Beziehungen so eng als möglich gestaltet werden und insbesondere die gegenseitige Hilfeleistung in diesen schweren Zeiten das größtmögliche Mass erreichen.“*

Leissing bestätigte später, dass Günther mit ihm wiederholt über eine Rückgliederung des Amtsbezirkes Weiler an Österreich gesprochen habe, Ilg aber schon bei seinem ersten Gespräch ernste Bedenken zum Ausdruck brachte, weil er keinesfalls die gutnachbarlichen Beziehungen zu Bayern gefährden wollte. Es bliebe zu untersuchen, inwieweit Günther mit seiner Initiative auf Zustimmung in der Bevölkerung der betroffenen Region rechnen konnte. Bot Österreich nicht bessere Perspektiven? Zumal ja auch die Zukunft des „Kreises Lindau“ zur Disposition stand.

Anton Gruber, der 1938 pathetisch die „Vorarlberger Blutsbrüder“ begrüßt hatte, vermerkte in seiner 1956 erschienen Darstellung „Der Landkreis Lindau“: „Man hörte davon, Lindau solle aus geographischen Erwägungen an die von den Franzosen geschaffene Verwaltungseinheit Südwürttemberg

angegliedert werden. In chauvinistischen Kreisen der Nachbarschaft Bregenz wurde der Wunsch laut, der Landkreis Lindau solle mit Rücksicht auf die Zugehörigkeit des Westallgäus zu Vorarlberg von 1570/71 bis 1805 wieder österreichisch werden. Derartige Regungen wurden aber von Wien in kluger Weise wieder abgeblasen.“

Abgeblasen – oder auf Eis gelegt – wurde die Sache nicht von Wien, sondern vom Vorarlberger Landesausschuss. Aber die Regierung Renner nahm bereits bemerkenswert früh vom Allgäu Notiz.

Bereits in einem „Gutachten des Amtes für die Auswärtigen Angelegenheiten anlässlich der Propaganda für Angliederung gewisser Grenzgebiete“ vom 14. Juli 1945, das Renner seinen Regierungskollegen zur Orientierung zukommen ließ, wurde als leitender Grundsatz festgehalten: *„Kein Gebiet kann ohne eindeutige Willensentscheidung an Österreich angeschlossen werden.“* Das sei ein unabdingliches Postulat einer demokratischen Politik, einer Politik der Humanität, an deren Durchsetzung in Europa niemand eindeutiger interessiert sein könne als Österreich. Angesichts der jugoslawischen Ansprüche auf Kärnten und allfälliger tschechischer Ansprüche, sei äußerste Vorsicht geboten. Die Forderungen nach Berchtesgaden und dem Chiemgau seien historisch nicht stichhaltig, weshalb jede Propaganda zu unterbleiben habe, solange nicht eine starke, spontane Bewegung aus der bayerischen Bevölkerung heraus den Anschluss an Österreich fordere. Etwas anders schätzte Wien die Situation ganz im Westen ein: *„Die alten schwäbischen Vorlande standen durch viele Jahrhunderte bis zum Beginn des vorigen im habsburgischen Staatenverbände. Hier bestehen tatsächlich noch stellenweise wache historische Reminiszenzen, auf die man sich stützen könnte. Auch von französischer Seite beschäftigt man sich anscheinend irgendwie mit solchen Kombinationen. In Österreich wurden bisher noch keinerlei Ansprüche laut.“*

Inwieweit zog die Westallgäuer Frage in Vorarlberg Kreise? Für Samstag, 13. Oktober, kündigten die „Vorarlberger Nachrichten“ im Programm von „Radio Vorarlberg“ in der Serie „Bunte Weltschau“ *„Eine Mitteilung aus der Widerstandsbewegung (Archivar Kleiner)“* an. Der Vortrag des pensionierten Landesarchivars über „Das ehemalige österreichische Landgericht Weiler“ wurde auch im Auswärtigen Amt registriert – und ad acta gelegt. Kleiner rief er nicht zur Wiedervereinigung auf, zeichnete aber den genauen Verlauf der historischen Nordgrenze nach, verwies darauf, dass der Verlust dieses Bezirkes 1814 besonders in Bregenz, das einen großen Teil seines

Hinterlandes verlor, sehr schmerzlich empfunden worden sei, dass sich beiderseits der neuen Grenzpfähle eine starke Bewegung mit dem Endziel gebildet habe, die westallgäuischen Gebiete wieder mit Österreich zu vereinigen und vom österreichischen Kaiserthron die Zusicherung erhalten habe, dass mit der Zeit Tauschverhandlungen eingeleitet würden. Und selbstverständlich hätten sich die Westallgäuer 1809 gemeinsam mit den Vorarlberger gegen die bayerische Herrschaft erhoben. Zum Schluss bemerkte Kleiner, dass Österreich 1806 zudem die Herrschaften Tettnang, Argen, Wasserburg und Königsegg-Rothenfels sowie Lindau verloren habe.

„Westallgäu“ setzte Kleiner mit dem „Amtsbezirk Weiler“ gleich, demnach wohl mit dem Sprengel des Amtsgerichts Weiler.

Am 5. Dezember 1945 meldete Radio Vorarlberg: *„Aus London verlautbart, dass die britische Regierung den Vorschlag gemacht habe, zusammen mit der Herabsetzung der Besatzungstruppen die Anerkennung der Grenzen Österreichs von 1937 auszusprechen, vorbehaltlich der endgültigen Grenzziehung.“*

Das nahm die „Österreichische Demokratische Widerstandsbewegung“, die sich in Vorarlberg Anfang Juni konstituiert hatte, zum Anlass, am 13. Dezember 1945 Landeshauptmann Ilg ein Exposé über „Das Problem Weiler“ zu überreichen. Es stehe die Festlegung der Grenzen bevor, wie sie vor dem Anschluss bestanden, wobei Grenzberichtigungen vorbehalten würden. Als solche kämen Südtirol, Tarvis, Berchtesgaden-Reichenhall und Weiler in Betracht. Im Fall Weiler sprächen alle Argumente für Vorarlberg bzw. Österreich – national, historisch wie geographisch.

Mit der Rückkehr zu geordneten demokratischen Verhältnissen hatte die ÖDW massiv an Einfluss verloren. Sie war kein ernstzunehmender politischer Faktor mehr. Dennoch legte Ilg die Frage am 21. Dezember nochmals der neuen Landesregierung vor. Sie hielt am ursprünglichen Beschluss fest.

Allerdings ließ Ilg bei Leissing noch über Monate urgieren, endlich einen Gesprächstermin mit Bürgermeister Günther zu organisieren. Als Leissing dann endlich soweit war, erhielt er am 4. Oktober 1946 aus Lindenberg die Nachricht, dass Günther aufgrund der letzten Gemeindewahl nicht mehr Bürgermeister sei.

Handlungsbedarf bestand nach wie vor in Sachen Balderschwang. Am 7. Jänner 1946 wandten sich zwölf Einwohner mit einer Bittschrift an die Landesregierung. Nachdem sich die Hoffnung der Mehrzahl der Balderschwanger nicht verwirklicht habe, dass nach dem Zusammenbruch der Nazidiktatur Balderschwang ohne weiteres Zutun mit dem Land Vorarlberg wiedervereinigt werde, ersuchten sie um die Wiedergliederung, wenn dies zur Zeit nicht möglich sei, um Einverleibung in das Vorarlberger Wirtschaftsgebiet. Ihren Wunsch nach „Wiedervereinigung“ stützten die Petenten auf das verfehlte historische Argument, Balderschwang sei 1796 von Hittisau abgetrennt und ein Großteil der Markung von der Grafschaft Königsegg-Rotenfels erworben worden. Bayern habe Balderschwang stets stiefmütterlich behandelt. Die Bewohner österreichischer Nationalität, denen die meisten und ertragreichsten landwirtschaftlichen Betriebe gehörten, und die sich gegenüber den wenigen Einheimischen in überwiegender Mehrheit befänden, fühlten sich nur als geduldete, rechtlose Steuerzahler, seien daher jeder Naturalisation abhold gewesen und hätten in der steten Hoffnung gelebt, dass das von Vorarlbergern gegründete und besiedelte und vier Jahrhunderte lang zu Vorarlberg gehörende Balderschwang bald wieder mit seinem „Mutterland“ Vorarlberg vereinigt werde.

Anfang Februar 1946 wandte sich auch der Hittisauer Bürgermeister Leopold Nenning erneut an die Landesregierung. Landeshauptmann Ilg habe nach Gesprächen in München bei einer Besprechung in Langenegg und später bei einer Wahlversammlung in Hittisau erklärt, eine Angliederung Balderschwangs an Vorarlberg sei sehr schwer zu erreichen, da in diesem Fall das Kleine Walsertal Gefahr laufe, die von den Bayern gewährte Zollfreiheit zu verlieren. Nun müsse man sich notgedrungen auf einen wirtschaftlichen Anschluss beschränken, dieser sei aber vor allem im Hinblick auf die bevorstehende Alpsaison mit aller Konsequenz zu betreiben.

Diese beiden Schriftstücke finden sich in einem Akt betreffend den österreichischen Staatsvertrag. Noch gingen Alliierte wie Österreicher davon aus, dass die Besetzung eine Frage von ein, zwei Jahren sein werde. Am 5. Februar 1946 teilte das Bundeskanzleramt den Landesregierungen mit, dass die Ordnung aller durch den Krieg Deutschlands und seiner Verbündeten gegen die Alliierten Mächte hervorgerufenen Fragen aller Voraussicht nach durch einen Staatsvertrag zwischen Österreich und den Alliierten Mächten erfolgen werde. – Nicht durch einen „Friedensvertrag“, da Österreich ja den Alliierten nie den Krieg erklärt hatte. –

Zeitungsnachrichten zufolge würden die Friedensverträge der Alliierten mit Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland Anfang Mai bei einer Konferenz in Paris besprochen werden. Es sei nicht ausgeschlossen, dass dabei auch die Sprache auf österreichischen Staatsvertrag kommen werde. Deshalb ersuche das Bundeskanzleramt die Länder um eine Zusammenstellung aller aus ihrer Sicht relevanten Materien.

Die Vorarlberger Landesregierung übersandte am 27. Februar 1946 eine vierseitige Stellungnahme, wovon eineinhalb Seiten „Territoriale Fragen“ betrafen, vorab das Kleine Walsertal. Es sei der einmütige Wunsch der Bevölkerung des Kleinen Walsertales wie auch der Vorarlberger Landesregierung, dass, so lange die Schaffung einer unmittelbaren Verbindung mit dem Tal nicht möglich sei, der erloschene Zollvertrag wieder in Kraft gesetzt werde. Die bayerischen Regierungsstellen, mit denen man im kurzen Weg Fühlung genommen habe, hätten Bereitwilligkeit erkennen lassen.

Zum zweiten führte die Landesregierung Balderschwang ins Treffen, das – hier nahm die Landesregierung die verfehlte Argumentation der Bittschrift auf – 1796 durch Kauf einer adeligen Herrschaft von Hittisau abgetrennt worden und nach den napoleonischen Kriegen nicht mehr mit dem übrigen Vorarlberg zu Österreich zurückgekehrt sei. Die Bevölkerung bemühe sich seit langem und erneut um die „Wiedervereinigung“ mit Vorarlberg. *„Die Vorarlberger Landesregierung steht jedoch auf dem Standpunkte, dass der gegenwärtige Zeitpunkt nicht geeignet ist, mit territorialen Forderungen an Deutschland heranzutreten und wünscht deshalb, obwohl historische und wirtschaftliche Gründe dafür sprechen, keine politische Rückgliederung.“* Im Hinblick auf die enge wirtschaftliche Verbundenheit und die außerordentlichen Schwierigkeiten, die durch eine totale Grenzsperrung für die Vorarlberger Besitzer entstünden, solle jedoch danach getrachtet werden, das Balderschwanger- und das Lecknertal dem österreichischen Zollgebiet zuzuschlagen. – Einen Zolleinschluss für das Rohrmoostal als mögliche Straßenverbindung nach Mittelberg brachte die Landesregierung nicht vor.

Drittens verwies sie – Interesse halber und weil dies unter Umständen bei Verhandlungen von Wert sein könne – darauf, dass das so genannte Landgericht Weiler, das heute den bayerischen Landkreis Lindau mit Ausnahme der Stadt Lindau umfasse, bis 1806 zu Österreich gehört habe. Aus diesem Gebiet seien früher schon und auch heute wieder sehr lebhaft

private und amtliche Stimmen für die Rückgliederung zu Vorarlberg laut geworden. Doch die Landesregierung stehe eben auf dem Standpunkt, dass der heutige Zeitpunkt nicht geeignet sei, territoriale Forderungen an Deutschland zu stellen und sei deshalb auf diese Bestrebungen nicht eingegangen.

Welche Summe können wir ziehen?

Die Wiedergewinnung des Kleinen Walsertals zählte 1945 zu den Prioritäten der Vorarlberger Landespolitik. Ohne Versorgung durch Bayern war das Tal nicht existenzfähig. Das gute Einvernehmen mit München konnte und wollte Landeshauptmann Ilg nicht aufs Spiel setzen. Er handelte besonnen und weitsichtig, während die Berchtesgadener Frage eskalierte. Im Jänner 1946 hatte der bayerische Ministerpräsident Högener drastisch gekontert: *„Sollte es zum Ärgsten kommen, so werden wir dieses Gebiet mit Heugabeln und Sensen verteidigen. [...] Wer nicht die Hände lässt von unserem Bayernland, dem werden wir auf die Finger klopfen.“* Eine Angliederung des Westallgäus war vielleicht eine sehr vage Option für die Zukunft, in Balderschwang waren dagegen unmittelbar Vorarlberger Interessen betroffen. Ein gegenseitiger Zollausschluss für das österreichische Mittelberg und das deutsche Balderschwang war eine vernünftige Strategie. Dafür mussten nicht zuletzt auch die Besatzungsmächte gewonnen werden.

In der französischen Österreichpolitik müssen wir die verschiedenen „Regierungsebenen“ unterscheiden, die mitunter gegensätzlich dachten und handelten. Die Direktiven aus Paris waren ab im Juli 1945 klar: ein von Deutschland unabhängiges Österreich, gegen jede separatistische Tendenzen, sehr wohl aber für weitgehende Autonomie der Länder Tirol und Vorarlberg. Der selbstherrliche Bregenzer Bezirksgouverneur am unteren Ende der Befehlskette protegierte dagegen offen die Bewegung für eine „Donau-Alpen-Konföderation“, der Ilg konsequent entgegentrat. Benité wurde Ende 1946 auf einen entlegenen Posten versetzt.

Die Frage nach Alternativen zur Einheit Österreichs in seinen Vorkriegsgrenzen wäre ein nicht minder spannendes Thema, das freilich ein eigenes Vortragskriptum füllte. Genau diese Einheit in Freiheit aber war die Priorität der österreichischen Innen- und Außenpolitik. Darüber hinaus fokussierte Wien die Ansprüche auf Deutschsüdtirol. Gerade in der Südtirolfrage wird aber greifbar, wie rasch sich die europa- und weltpolitischen Konstellationen änderten. Österreich erreichte im September

1946 nur noch ein Abkommen mit Italien, das für Südtirol einen Autonomiestatus in Aussicht stellte.

1955 erlangte Österreich mit dem Staatsvertrag endlich seine volle völkerrechtliche Souveränität zurück, und zwar in den garantierten Grenzen, *„die am 1. Jänner 1938 bestanden haben.“* Damit waren alle Territorialfragen endgültig vom Tisch.

Mit dem Staatsvertrag wurde der „Kreis Lindau“ als Landbrücke zwischen den französischen Zonen hinfällig. Er, und mit ihm das Westallgäu, konnte wieder voll in die bayerische Verwaltungsorganisation eingegliedert werden und feierlich nach Bayern „heimkehren“.

Für die Grenzregionen wurden in bilateralen Abkommen Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr und im internationalen Viehweideverkehr erzielt. Balderschwang blieb deutsches Zollgebiet. Im 1974 erschienenen Ortsnamenbuch des Landkreises Sonthofen lesen wir: *„Die wirtschaftlichen Beziehungen nach Vorarlberg überwiegen noch; von 57 Alpen waren 1952 34 von Vorarlbergern bewirtschaftet; deshalb ist dem Gemeinderat ein Vorarlberger als beratendes Mitglied beigegeben.“* Mit der Straße über den Riedbergpass ist Balderschwang seit 1961 direkt mit dem bayerischen „Mutterland“ verbunden.

Die direkte Straße ins Kleine Walsertal wurde bis heute nicht gebaut. Nur schrittweise wurde Mittelberg in das österreichische Verwaltungssystem eingegliedert, die Rechtsgleichheit erst 1950 wieder hergestellt. Der Fortbestand des Zollabkommens wurde von beiden Seiten anerkannt. Spätere Verhandlungen über eine Anpassung führten zu keinem Ergebnis. Bisweilen erregte die Walser Bauernschläue auch Unmut. So kritisierte die *„Süddeutsche Zeitung“* im März 1949, die Walser hätten ein sehr feines Gespür dafür entwickelt, wie sich aus wirtschaftlichen und politischen Spannungsunterschieden zwischen Deutschland und Österreich Kapital schlagen lässt. *„Fragt man sie, ob sie sich nicht – nach jahrzehntelangem Zusammenleben mit Deutschland – mit Bayern mehr verbunden fühlen als mit Österreich, dann antworten sie verschmitzt: ‚Unser Herz ist in Österreich und unser Bauch in Bayern.‘“*

Spätestens 1995, mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, erfuhr diese organische Disharmonie eine Linderung.